Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JW/AT)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Deutschlands Reiche – die unbekannten Wesen
2. Die schwäbische Hausfrau
3. Wettlauf gegen den Verfall
4. Nach Ablauf der in Sachen „Erbschaftsteuer“ gesetzten Frist zur Neuregelung soll das Normenkontrollverfahren erneut auf die Tagesordnung
5. Dieselskandal: EU-Kommission wusste früh von Abgasmanipulationen
6. Die Verantwortung des Künstlers in stürmischer Zeit
7. Freihandel
8. Demokratie bleibt dem Verfassungsschutz fremd und gefährlich
9. NATO/Bundeswehr
10. »Äquidistanz« im Namen Luxemburgs: »Junge Welt« wirft Stiftung Unterstützung ukrainischer Nationalisten vor
11. Riesiger Friedensmarsch auf Kiew
12. Konflikt im Südchinesischen Meer eskaliert weiter
13. Bundesregierung muss Mitverantwortung für die Opfer der Colonia Dignidad übernehmen
14. Hiroshima wie Auschwitz?
15. Ökonome Schreibtischtäter
16. Am Ende gewinnt auch Bernie Sanders
17. Kontext-TV-Relaunch: Noam Chomsky, Yanis Varoufakis, Vandana Shiva, Harald Schumann u.v.a. jetzt im neuen Webportal

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Deutschlands Reiche – die unbekannten Wesen**
   „Ungleichheit geht uns alle an“, verkündet Ministerin Andrea Nahles (SPD) und will dem Problem mit dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, der im Herbst präsentiert wird, auf den Grund gehen. Dabei ist schon jetzt klar, dass der Bericht die Ungleichheit in Deutschland nur unzureichend abbilden wird, denn über Einkommen und Vermögen der reichsten Menschen in Deutschland gibt es keine

zuverlässigen Zahlen. Wissenschaftler haben für MONITOR bisher unveröffentlichte Daten über die Einkommen der Reichen analysiert. Danach ist der Einkommensanstieg im obersten Prozent der Bevölkerung weitaus größer als bisher bekannt. Experten fordern angesichts der neuen Daten deutlich höhere Spitzensteuersätze.
Quelle: Monitor

2. **Die schwäbische Hausfrau**
   Die Bundeskanzlerin hat die schwäbische Hausfrau zum Ideal erhoben. Dafür wurde Angela Merkel angefeindet, die Schwaben auch. Haben sie das verdient? […]
   Auch andere ökonomisch vorbelastete Schriftgelehrte stoßen in das gleiche Horn. Der Buchautor Jens Berger beispielsweise bezeichnet die schwäbische Hausfrau gar als „Kardinalfehler deutschen Denkens“. Diese Figur eigne sich „denkbar schlecht als Modell, mit dem man gesamtwirtschaftliche Probleme erörtern könnte“. Es sei wenig dagegen einzuwenden, wenn Christdemokraten mit „solchen altbackenen Bildern“ auf Wählerfang gingen. Problematisch werde es aber, wenn politische Entscheidungsträger an „derlei kurzsichtige Metaphorik glauben“.
   Der Autor von „Stresstest Deutschland – Wie gut sind wir wirklich?“ relativiert jedenfalls die „kurzsichtige Metaphorik“: In der echten Wirtschaft gebe die schwäbische Hausfrau ihrer Bank Geld, das diese als Kredit an Privathaushalte, Unternehmen und dem Staat weiterreiche. Die Kreditnehmer konsumierten und investierten mit dem geliehenen Geld und schafften damit die Nachfrage nach Gütern und Produkten, die den Wirtschaftskreislauf brummen lasse.
   Wer eine Volkswirtschaft nach betriebswirtschaftlichen Vorgaben steuern wolle, neige unwillkürlich dazu, seinen Fokus auf die Ausgabenseite zu richten. Niedrigere Löhne beispielsweise zögen aber unweigerlich eine rückläufige Kaufkraft nach sich, weil nicht nur die schwäbische Hausfrau, sondern jedes Wirtschaftssubjekt auf betriebswirtschaftlicher Ebene rational reagiere, damit aber gleichsam einen Prozess in Gang setze, der für ihn selbst nur Nachteile bringe.
   Quelle: FAZ
3. **Wettlauf gegen den Verfall**
   Deutschland droht der Verkehrsinfarkt: Die Brücken verschleißen schneller als Behörden sie reparieren. Unsere Analyse zeigt, wie ernst die Lage ist und wie die Bauten auf Ihrer Strecke abschneiden.
   Quelle: Welt Online

   Anmerkung unseres Lesers J.S.: *Für die wirtschaftliche Stabilität notwendige Infrastruktur verfällt. Schäuble will trotz Niedrigstzinsen anstatt massiver Investitionen die schwarze Null. Die CDU setzt damit die Zukunft unseres Landes aufs Spiel.*

4. **Nach Ablauf der in Sachen „Erbschaftsteuer“ gesetzten Frist zur Neuregelung soll das Normenkontrollverfahren erneut auf die Tagesordnung**
   Mit Urteil vom 17. Dezember 2014 hat der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts §§ 13a und 13b und § 19 Abs. 1 des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes für verfassungswidrig erklärt. Dem Gesetzgeber wurde aufgegeben, bis zum 30. Juni 2016 eine Neuregelung zu treffen (vgl. Pressemitteilung Nr. 116/2014 vom 17. Dezember 2014).
   Zwar gelten die für verfassungswidrig erklärten Vorschriften des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes fort. Da eine entsprechende Gesetzesänderung bis heute nicht vorliegt, hat der Vorsitzende des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Ferdinand Kirchhof, nunmehr mit Schreiben an die Bundesregierung, den Bundestag und den Bundesrat vom 12. Juli 2016 mitgeteilt, dass der Erste Senat sich nach der Sommerpause Ende September mit dem weiteren Vorgehen im Normenkontrollverfahren um das Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz befassen wird.
   Quelle: Bundesverfassungsgericht

   Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Es ist der CDU/CSU/SPD-Koalition offenbar nicht einmal peinlich, dass schon wieder das BVerfG tätig werden muss. Schließlich dienen die beschlossenen Gesetze (hier zur Erbschaftsteuer, aber z. B. auch das Tarifeinheitsgesetz) den Interessen der Reichen bzw. der Arbeitgeberseite, und da kann man das Grundgesetz gerne mal beugen. Dieser Verfassungsverstoß findet nicht unabsichtlich statt, sondern vorsätzlich. Dieselben Leute fordern dann aber, leider kein Witz, die Überwachung der Partei DIE LINKE (früher) oder der AfD (aktuell) durch den Verfassungsschutz. Dieselben Leute begründen die Hartz-IV-Strafgesetzgebung (ebenfalls teilweise verfassungswidrig) mit den paar Millionen, die dem Staat verloren gehen könnten, und verschenken im gleichen Atemzug zig Milliarden an Menschen, die mehr als genug haben. Warum nicht mal ein Parteienverbot gegen SPD, CDU und CSU wegen erwiesener Verfassungsfeindlichkeit fordern?*

5. **Dieselskandal: EU-Kommission wusste früh von Abgasmanipulationen**
   “Der EU-Kommission liegen schon spätestens seit 2010 konkrete Hinweise vor, dass Autohersteller bei den Abgaswerten von Dieselautos mogeln. Das geht aus einer Reihe von internen Dokumenten hervor, die SPIEGEL ONLINE vorliegen. Die Schreiben zeigen, dass es sowohl innerhalb der Kommission als auch mit Regierungen der EU-Staaten ein jahrelanges Hin und Her gab – und dass auch die Bundesregierung schon 2012 an Treffen beteiligt war, in denen es um Abgasmogeleien ging, wie sie dann im

September 2015 im Zuge des VW-Skandals bekannt wurden."
Quelle: Spiegel Online

Anmerkung unseres Lesers J.S.: *Von wem wendet diese und die letzte Bundesregierung eigentlich Schaden ab? Dem Bürger oder den Autokonzernen?*

6. **Die Verantwortung des Künstlers in stürmischer Zeit**
   Mir geht für diese ewige Fragerei, ob Kunst politisch sein soll oder darf oder eigentlich sein müsste, inzwischen immer mehr das Verständnis ab. Wer bitte soll denn die Stimme der seitlich Umgeknickten, der Hartz IV-Empfänger, der Unangepassten, der Spinner und Schwärmer sein, wenn schon die Künstler Besseres zu tun haben als sich mit den Problemen der Menschen und den Gemeinheiten der Welt zu befassen? Was wir brauchen, ist das, was man früher als engagierte Kunst bezeichnet hat und was nun schon seit langem als „Gutmenschentum" oder „Alt-Achtundsechziger-Attitüde" desavouiert wird. In meinem Verständnis heißt Relevanz, dass Kunst eine bewusste humanistische Tendenz hat. Immer schon war die Kunst auf Seiten der Unterdrückten – und immer schon sahen kluge Geister in der Kunst und Kultur den Schlüssel zur schöpferischen Fortentwicklung der menschlichen Gesellschaft. Ein Plädoyer für utopische Tendenzkunst. (Konstantin Wecker)
   Mit Albert Einstein ist, um sich in einer Schafsherde wohlzufühlen, vor allen Dingen erforderlich, dass man ein Schaf ist. Auch als Ochse ungeeignet, ist meine beharrliche Weigerung, mich vor irgendeinen parteipolitischen oder institutionellen Karren spannen zu lassen, bekannt.
   Es gab zwei Ausnahmen hiervor. Die Grünen in den 80er Jahren – geprägt von meiner Liebe und Bewunderung für Petra Kelly – und die Gründung der Linkspartei. Beide Fälle waren letztlich punktueller Natur, eine konkrete Intervention an einem als kritisch für die Zukunft empfundenen Punkt der politischen Entwicklung. Beide Male war mein Einsatz stark motiviert durch meine Vertrauensbasis zu Leuten, die ich gut kannte und gut fand. Trotzdem folgte auf mein öffentliches Eintreten jedes Mal auch recht schnell der Abgang von dieser parteipolitischen Bühne. Ich habe meine eigenen Bühnen, da fühle ich mich wohl und da gehöre ich hin. Als Parteibarde bin ich schon aufgrund meiner Unfähigkeit, irgendeiner anderen als meiner eigenen Linie zu folgen, völlig ungeeignet.
   Quelle: Konstantin Wecker auf Hinter den Schlagzeilen
7. **Freihandel**
   a. **TTIP Gameover: Ziviler Ungehorsam gegen den Freihandel**
      Aktivisten hacken Werbetafeln in Brüssel mit Botschaften gegen das Freihandelsabkommen

Pünktlich zum 14. Verhandlungstag über das Freihandelsabkommen prangen auf Brüssels Werbetafeln in großen Lettern die Worte: »TTIP Gameover – No Negotiations – No more Free Trade Deals – It's time for action« (Keine Verhandlungen – Keine Freihandelsverträge – Zeit für Aktionen). Nein, die Werbeindustrie hat nicht spontan ihre Ablehnung gegen Freihandelsabkommen entdeckt. Die Botschaften stammen von Hackern, die bereits in der Nacht zu Montag eine große Werbetafel von Coca Cola manupulierten, wie netzpolitik.org berichtet.
Quelle: Neues Deutschland

b. **Deutsche Übersetzung von CETA ist online**
Die deutsche Übersetzung von CETA ist jetzt online. Sie kann unter diesem Link abgerufen werden.
Am 19. September 2016 wird in Wolfsburg der SPD-Parteikonvent über das Freihandelsabkommen CETA beraten. Der Antragsschluss für diesen Konvent ist auf den Sonntag, 14. August 2016 festgesetzt wurden. Wir stellen euch zwei Musteranträge (eins und zwei) zur Verfügung, die ihr als Muster in euren Ortsvereinen und Bezirksverbänden verwenden könnt. Selbst wenn ihr keine UB- bzw. Kreiskonferenzen oder Parteitage vor dem 14. August mehr habt, könnt ihr durch einen Beschluss eures Ortsvereins einen Antrag auf dem Konvent einreichen.
Wie Ihr sicher wisst, hat der Konvent vor zwei Jahren rote Linien formuliert, die für die Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen TTIP und CETA maßgeblich sein sollten. Durch diesen Beschluss und den massiven öffentlichen Druck wurden das kanadische Abkommen CETA zum Teil nachverhandelt. Parteichef Sigmar Gabriel hat dabei insbesondere seine Vorstellungen eines reformierten Investor-Staat-Schiedsverfahren mit Hilfe eines internationalen Schiedsgerichtshofes eingebracht. Dies hat zweifelsohne zu Verbesserungen geführt.
Der DGB und die Arbeitsgemeinschaft der Juristen in der NRW SPD (ASJ NRW) hatten die englische Fassung von CETA bereits analysiert und kommentiert. Auch der Deutsche Richterbund hat bereits eine Stellungnahme abgegeben. Es wird daraus deutlich, dass CETA weiterhin viele Probleme beinhaltet und rote Linien der SPD gerissen werden. Daher kommen wir zu dem Schluss, dass CETA in der vorliegenden Fassung nicht zustimmungsfähig ist. Das sollte das Signal des Konvents im September sein. Mit den Musteranträgen kannst Du diese politische Botschaft unterstützen.
Quelle: Forum Demokratische Linke

c. **CETA-Tricksereien sind inakzeptabel**

„Bevor geklärt ist, ob und wie Bundestag und Bundesrat in den Abstimmungsprozess von CETA eingebunden sind, sind Vorentscheidungen jedweder Form absolut inakzeptabel und die von Bundeskanzlerin Merkel und Bundeswirtschaftsminister Gabriel versprochene Einbeziehung der nationalen Parlamente eine Farce“, kritisiert Klaus Ernst, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, das Vorgehen der EU mit Blick auf CETA. Morgen trifft sich der Ausschuss für Handelspolitik in der Formation der Vollmitglieder. Punkt drei der Tagesordnung sind die Beschlussvorschläge der EU-Kommission zur Unterzeichnung, zur vorläufigen Anwendung und zum Abschluss von CETA. Dazu wird es eine Diskussion und eine Empfehlung an den Rat geben. Dieser hat letztendlich über die Beschlüsse zu CETA abzustimmen und folgt üblicherweise dieser Empfehlung. Klaus Ernst weiter:
„Wir fordern von der Bundesregierung, dass sie ihren Vertreter im Ausschuss für Handelspolitik unmissverständlich dazu anweist, sich morgen gegen die Beschlüsse zu CETA auszusprechen. Insbesondere die vorläufige Anwendung eines derart umstrittenen Vertrages tritt die Interessen der nationalen Parlamente mit Füßen. So werden Fakten geschaffen, obwohl es wahrscheinlich ist, dass CETA an einem nationalen Parlament scheitern wird. Derartige Tricksereien führen dazu, dass sich die Menschen in Europa immer weiter von der Europäischen Union entfernen.”
Quelle: Linksfraktion

8. **Demokratie bleibt dem Verfassungsschutz fremd und gefährlich**
   Beim Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) ist wieder Ruhe eingekehrt. Das Amt erhält mehr Personal und auch mehr Geld. Sein Haushalt wuchs von 205 Millionen im Jahre 2014 auf 260 Millionen im laufenden Jahr. Das im letzten Herbst verabschiedete neue Bundesverfassungsschutzgesetz «regelt» jetzt auch den Einsatz von V-Leuten. Und auch sonst scheint der Gesetzgeber dem Amt sehr wohl gesonnen zu sein. Hat das Parlament doch gerade erst die Tür geöffnet für den automatischen Datenaustausch mit ausländischen Geheimdiensten.
   Nach all den Diskussionen um die Rolle des Inlandsgeheimdienstes im NSU-Komplex und seine Verharmlosung rechter Gewalt scheint es angebracht, mal wieder einen Blick in das Kapitel «Linksextremismus» des Verfassungsschutzberichts zu werfen…
   Quelle: Komitee für Grundrechte und Demokratie
9. **NATO/Bundeswehr**
   a. **Der „XXVI NATO-Parteitag“ in Warschau: Ein Kommentar**
      Also hat der groß beworbene NATO-Gipfel in Warschau endlich stattgefunden. Er war ein völliger Erfolg, zumindest, wenn das Kriterium darin besteht, dass das Ergebnis mit den Erwartungen übereinstimmte:

- Poroschenko und Nadeschda Sawtschenko wurden eingeladen und wie respektierte Gäste behandelt
- Russland wurde für seine „Aggressionen“ in Georgien, auf der Krim und in der Ukraine verurteilt
- Die Polen pflasterten Warschau mit Postern mit der Aufschrift „ACHTUNG RUϟϟ LAND“
- Die Balten haben jeder ein NATO-Bataillon erhalten, um den russischen Bären abzuschrecken
- Russland wurde wegen Nichteinhaltung der Vereinbarungen von Minsk 2 verurteilt
- Es wurde genug heiße Luft abgesondert, um die globale Erwärmung um mindestens 10 Grad zu verschlimmern

Offen gesagt, ist mir nicht danach, diese Idiotie zu kommentieren. Außerdem waren all diese Pseudoentscheidungen nie der wahre Zweck dieses Gipfels. Dieser Gipfel hatte ein völlig anderes Ziel, und auch dieses Ziel wurde vollkommen erreicht. Das wirkliche Ziel des Gipfels bestand darin, die westlichen politischen Führer zu zwingen, zwischen Wirklichkeit und Ideologie zu wählen. Und sie haben alle die richtige Wahl getroffen, versteht sich. Sie haben die Wirklichkeit kategorisch zurückgewiesen und die Ideologie begeistert in die Arme geschlossen. Darum wurde Russland vorgeworfen, Übereinkünfte nicht einzuhalten, deren Beteiligter es nicht einmal ist. Darum wurde Russland „Aggression“ gegen Georgien vorgeworfen, obwohl selbst die EU zu dem Schluss kam, dass Georgien den Krieg angefangen hatte.
Darum wurde eine nicht existente russische Bedrohung angeprangert. Darum wurde das zu 100% legale Referendum auf der Krim völlig ignoriert.
Quelle: vineyardsaker.de

Anmerkungen unseres Lesers H.L.: *Ein bissiger Kommentar des „Sakers“, der den NATO-Gipfel mit den letzten Parteitagen der KPdSU in der Sowjetunion vergleicht.*

b. **Für Deutschland sterben**

„Nos anciens ont su mourir / Pour la gloire de la Légion“ heißt es im Lied der französischen Fremdenlegion, „Unsere Alten wussten zu sterben / Für den Ruhm der Legion“, lautet die deutsche Übersetzung. Das wird man umtexten müssen, wenn die geplante deutsche Legion ihre mörderische Arbeit aufnimmt. Das jüngste Weißbuch der Bundeswehr schafft zwar die Voraussetzung für eine originär deutsche Fremden-Legion, aber Alte, die schon für deren Ruhm gestorben sind, hat die neue Legion noch nicht aufzuweisen. “Nicht zuletzt böte die Öffnung der Bundeswehr für Bürgerinnen und Bürger der EU nicht nur ein weitreichendes Integrations- und Regenerationspotenzial für die personelle Robustheit der Bundeswehr, sondern wäre auch ein starkes Signal für eine europäische Perspektive“, heißt es im schönsten von-der-Leyen-Deutsch des Weißbuches, dem wichtigsten Grundsatzdokument deutscher „Sicherheitspolitik“. Und das zitierte Kapitel trägt den unnachahmlichen Titel: Zur künftigen Personalstrategie der Streitkräfte.
Diese ekle Mischung aus Wehrmachts- und Unternehmensberater-Sprech meint übersetzt: Wir brauchen für Auslandseinsätze eine robuste Todesschwadron, die auch mal alle Fünfe gerade sein lässt. So geht blutige Integrationspolitik. Zurzeit haben immer weniger junge Leute Lust auf den Dienst in der neuen deutschen Herausforderungs-Armee. Da rekrutieren wir eben das „Regenerationspotenzial“ im Ausland.
Quelle: Rationalgalerie

c. **Willy Wimmer talks to RT International**
Quelle: RT via YouTube

10. **»Äquidistanz« im Namen Luxemburgs: »Junge Welt« wirft Stiftung Unterstützung ukrainischer Nationalisten vor**
Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) sieht sich wegen der Auswahl ihrer Kooperationspartner in der Ukraine schweren Vorwürfen ausgesetzt. Die Autoren Susann Witt-Stahl und Denis Koval halten der linksparteinahen Bildungseinrichtung in mehreren Beiträgen der Tageszeitung »Junge Welt« den Aufbau einer »Promaidan-Linken« sowie die Unterstützung politischer Kräfte vor, die »nicht nur mit beiden Beinen im Pro-NATO-Lager, sondern auch im rechten Sumpf« stünden. Die Luxemburg-Stiftung fördere im Namen einer beabsichtigten Äquidistanz zu den konkurrierenden Großmächten im Ukrainekonflikt eine »neue Linke«, die sich allerdings nicht gegen den Expansionskurs der NATO bis an die Grenzen Russlands ausspreche, aber konsequent einen »Russischen Großmacht-Chauvinismus« anprangere.
Als Beispiel ist die Kooperation der Stiftung mit der »Sozialen Bewegung« genannt, ein Zusammenschluss aus »Linker Opposition« (LO) und der Gewerkschaft »Sachist

Prazi« (Arbeitssschutz). Die LO habe nicht nur den Euromaidan offensiv unterstützt und sei Seite an Seite mit Ultrarechten auf dem Maidan marschiert, sondern habe auch eine militärische Zusammenarbeit der Ukraine mit dem Westen befürwortet, schrieben Witt-Stahl und Koval in einem Beitrag mit der Überschrift »Unheilige Allianz«. »Obwohl LO maximal zwei Dutzend Aktive zählt«, würden Konferenzen und andere Veranstaltungen mit Referenten der LO von der Stiftung »gefördert oder deren Positionen kritiklos verbreitet«.
In einer auch in der »Jungen Welt« abgedruckten Stellungnahme hatte die Pressesprecherin der Luxemburg-Stiftung, Jannine Wissler, auf das »schwierige politische Umfeld« in der Ukraine verwiesen. Zu den Kooperationspartnern der Stiftung zählten »unterschiedliche politische Akteure des linken Spektrums«. Die LO sei keine Partnerorganisation der Stiftung, allerdings hätten Vertreter der LO an einer Konferenz teilgenommen, um mögliche Ansätze für eine Friedenslösung in der Ukraine zu diskutieren. Alle Partnerorganisationen der Stiftung in der Ukraine lehnten eine NATO-Mitgliedschaft des Landes ab, heißt es in der Stellungnahme. In diesem Jahr arbeite die Stiftung mit rund 20 ukrainischen Partnerorganisationen zusammen, darunter auch »prosowjetische« bzw. »marxistische Linke« – etwa die Nichtregierungsorganisation Alterra oder die Bergarbeitergewerkschaft in Krywyj Rih.
Quelle: Neues Deutschland

11. **Riesiger Friedensmarsch auf Kiew**
Mit den Bildern aus der Ukraine wird das ganze Dilemma in Europa deutlich. In der Ukraine haben die Kirchen den Menschen noch etwas zu sagen und die Menschen lassen sich nicht alles durch die Regierenden bieten. Die Menschen wollen Frieden und sie gehen dafür nicht nur auf die Straßen. Sie pilgern über hunderte von Kilometern und nehmen damit unglaubliche Strapazen auf sich.
Der damit deutlich werdende Aufschrei der Menschen gegen die gegenwärtigen Verhältnisse ist so dramatisch, daß weder die Staatsgewalt noch die rechtsfaschistischen Kräfte es wagen, sich den Pilgern in den Weg zu stellen. Wo sind bei uns die Pilgerzüge, die sich den Kriegstreibern in den Weg stellen und wo die Kirchen, deren Priester den Menschen noch etwas zu sagen haben?
Die Bilder könnten gegensätzlicher nicht sein. Der Westen, der hinter dem schlimmen Schicksal der Ukraine steht und alles dort letztlich zu verantworten hat, glänzt durch Militärmanöver und dramatisches Säbelrasseln. Dagegen zeigen die Menschen in einem tiefgläubigen Land mit ihren Friedenszügen, was der christliche Glaube in und für ein Volk bewirken kann. Wir im Westen sollten uns nicht täuschen, was die tatsächliche Lage in der Ukraine anbelangt.
Quelle: Willy Wimmer auf Seniora

12. **Konflikt im Südchinesischen Meer eskaliert weiter**

Bislang nicht in Sicht ist ein Verbot von Rüstungsexporten in die Region. Im Gegenteil, die beteiligten Länder rüsten weiter auf. China baut Flugzeugträger und hat seine Militärausgaben seit dem Jahr 2000 auf 215 Milliarden Dollar verfünffacht. Stetig angestiegen sind die Ausgaben auch in Südkorea, Indonesien, Vietnam und den Philippinen, wie einen interaktive Karte des Friedensforschungsinstituts SIPRI gut zeigt.
Rüstungskonzerne aus Europa, Amerika und Russland verdienen dabei mit. Nach Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI sind China, Australien, Südkorea und Singapur auf den Plätzen drei, sechs, neun und zehn der zehn größten Rüstungsimporteure des Jahres 2014. China wurde dabei hauptsächlich von Russland (61 Prozent), Frankreich, (16 Prozent) und der Ukraine (13 Prozent) beliefert. Bei den anderen waren jeweils die USA der Hauptlieferant, danach folgten Spanien, Deutschland, Frankreich und Schweden.
Und so geht die Eskalation weiter. China wird möglicherweise eine Luftverteidigungszone im Südchinesischen Meer einrichten. Eine solche gibt es bereits seit November 2013 im Ostchinesischen Meer. Dort streiten sich China und Japan um eine Inselgruppe, die Japan derzeit kontrolliert. Seither verlangt Peking, dass ausländische Flugzeuge ihre Durchflüge dort anmelden. Die USA, Japan, Südkorea und Taiwan erkennen die chinesische Flugüberwachungszone jedoch nicht an und fliegen unangekündigt mit Kampflugzeugen über das Meer.
Die Vereinigten Staaten sollten sich militärisch aber nicht zu überlegen fühlen, warnte die "Global Times": "China kann kurzfristig nicht militärisch mit den USA mithalten. Aber es kann doch dafür sorgen, dass die USA einen für sie zu hohen Preis zahlen müssen, wenn sie im Inselstreit militärisch intervenieren." Der Streit solle zwar besser durch Gespräche beigelegt werden, aber China müsse auch gerüstet sein "für jede Art militärischer Konfrontation".
Interessant wird jetzt, wie sich der neue philippinische Präsident Rodrigo Duterte zu dem Urteil verhält. Er hat sich schon vorher für diplomatische Verhandlungen und wirtschaftliche Kooperation mit China ausgesprochen. Von daher könnte er China eine goldene Brücke bauen, etwa durch Projekte in bilateraler Zusammenarbeit. Der Preis, den China dafür zahlen müsste, ist durch das Urteil von Den Haag gestiegen.
Quelle: Telepolis

Anmerkung Christian Reimann: *Die NachDenkSeiten haben auf die Gefahren, die nach (oder eventuell sogar durch) diesem Schiedsspruch entstehen könnten hingewiesen: Das Schiedsverfahren ist keine Lösung für den Disput im Südchinesischen Meer.*

13. **Bundesregierung muss Mitverantwortung für die Opfer der Colonia Dignidad übernehmen**
"Ich begrüße die deutlichen Worte von Bundespräsident Gauck zu den Versäumnissen und zur Mitverantwortung der deutschen Politik im Zusammenhang mit den Verbrechen in der deutschen Sekte Colonia Dignidad in den letzten fünf Jahrzehnten. Die Forderung, dass deutsche Diplomaten daraus lernen und sich immer 'an die Seite der Opfer' stellen müssten, ist völlig richtig. Ich hoffe, dass diese eindeutige Positionierung des Bundespräsidenten dafür sorgt, dass sich auch die Bundesregierung als Ganzes entsprechend bewegt und Deutschland endlich Verantwortung übernimmt und allen Opfern die Anerkennung und Unterstützung zukommen lässt, die ihnen zustehen. Neben einer sozialen und medizinischen Absicherung der Opfer sollte sich die Bundesrepublik unter anderem auch an der Einrichtung eines Gedenkortes sowie der umfassenden Aufklärung der Verbrechen und der Verfolgung der Täter beteiligen", erklärt Jan Korte, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der Äußerungen von Bundespräsident Gauck während seines Staatsbesuchs in Chile.
Quelle: Linksfraktion

Dazu: Wachmann der Colonia Dignidad: Verurteilter Mittäter bei Gauck-Empfang
Die Verbrechen der Colonia Dignidad standen im Fokus des Besuchs von Bundespräsident Gauck in Chile. Nun stellt sich heraus: Beim Empfang der Deutschen Botschaft war ein Gast dabei, der Opferverbände fassungslos macht. Ein verurteilter Mittäter der früheren Sektensiedlung Colonia Dignidad hat am Empfang der Deutschen Botschaft für Bundespräsident Joachim Gauck in Chile teilgenommen. Mehrere Teilnehmer, darunter der Regisseur Florian Gallenberger, bestätigten, dass der in einem Prozess um Kindesmissbrauch zu drei Jahren Haft verurteilte Reinhard Zeitner bei dem Empfang während des Staatsbesuchs anwesend war.
Die Strafe für Zeitner, der unter anderem als Sicherheitsmann in der Siedlung tätig gewesen sein soll, wurde zur Bewährung ausgesetzt. Die Bewährungszeit wurde auf vier Jahre angesetzt, wie der Oberste Gerichtshof 2013 bestätigte. Im gleichen Prozess wurde auch der ehemalige Arzt der Colonia Dignidad, Hartmut Hopp, zu fünf Jahren verurteilt. Er entzog sich einer Haftstrafe zunächst durch die Flucht nach Deutschland, soll diese aber nun in einem deutschen Gefängnis verbüßen. Opfer der Colonia Dignidad reagierten mit scharfer Kritik auf die Anwesenheit Zeitners bei dem Empfang.
Quelle: n-tv

14. **Hiroshima wie Auschwitz?**
Es fällt schwer, sich vorzustellen, dass jemand Gulag, Auschwitz und Hiroshima in einem Atemzug nennt und das Geschehen, das sich hinter jedem dieser Worte verbirgt, damit auf unziemliche Weise miteinander vergleicht. Angesichts des Besuches von Barack Obama in Hiroshima, der als erster US-amerikanischer Präsident den Ort des ersten Atombombenabwurfs besuchte, ein geradezu obszöner Vergleich. Er stellt einen der Amtsvorgänger Obamas, Harry. S. Truman, der damals den Befehl gab, in eine Reihe mit Hitler und Stalin. Als Ernst Nolte 1980 den Massenmord der Nazis an den Juden als Reaktion auf die vorausgegangenen Massenverbrechen und das Gulag-System in der Sowjetunion bezeichnete, erntete er scharfe Kritik. Als Joachim Gauck 2006 noch einen Schritt weiter ging und Hiroshima gedanklich in Verbindung mit Auschwitz brachte, stieß sich niemand daran.
Dass Gauck damals noch nicht Bundespräsident war, macht die Sache nicht besser. Vier Jahre danach wurde er von der SPD und den Grünen als Kandidat für das höchste Staatsamt nominiert, unterlag damals aber dem von der CDU aufgestellten Bewerber Christian Wulff. Inzwischen residiert er seit vier Jahren im Berliner Schloss Bellevue und viele sähen es gern, wenn er eine weitere Amtsperiode dort bliebe. Anscheinend wissen seine Lobredner nichts von den Seelenabgründen des ehemaligen Bürgerrechtlers, der laut Spiegel (47/2014) zwei DDR-Pässe besaß und zwischen 1987 und 1989 elfmal in den Westen reisen durfte, wovon die meisten seiner damaligen Landsleute nur träumen konnten. Den Unwissenden sei die Lektüre der Rede empfohlen, in der Gauck 2006 als Ex-Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen den erwähnten Vergleich angestellt hat. Er hat ihn nach eigenen Angaben bei Zygmunt Bauman entlehnt, einem antikommunistisch gesinnten Bruder im Geiste.
Quelle: Ossietzy
15. **Ökonome Schreibtischtäter**
Die Rente, die geht den Konservativen einfach nicht aus dem Schädel. Also nicht die Rente an sich, sondern das Hinausschieben selbiger. Für alle Arbeitnehmer. Da dachten die größten Optimisten, dass sich nach der Finanzkrise der Neoliberalismus erledigt hätte, immerhin begann der damalige FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher sogar zu glauben, dass die Linke doch recht habe. Es taute im Lager konservativ-journalistischer Hiobsbotschafter. Paradigmenwechsel? Jetzt durchschauen selbst die Frankfurter Allgemeinen die neoliberale Trickserei, hoffte man. Optimismus kam auf. Überall kritisierte man Privatisierung, Deregulierung und schlanken Staat. Das war der Chic jener Tage. All die ursprünglichen Apologeten sahen nun ein, dass dieses System versagt habe. Mensch, selbst der Prof aus dem Institut für Wirtschaftsforschung hatte doch schon immer gewarnt.
Quelle: Heppenheimer Hiob

16. **Am Ende gewinnt auch Bernie Sanders**
Warum der Wahlkampf des US-Sozialisten nicht mit einer Niederlage endete
Bernie Sanders unterstützt Hillary Clinton im Rennen ums Weiße Haus. Manche Anhänger werfen ihm nun Verrat vor, Kritiker ätzen, er stehe trotz anderthalb Jahren Wahlkampf ohne verwertbaren Erfolg da. Beide Seiten haben Unrecht. (…)
Aus dieser Perspektive heraus fällt es leichter, Sanders abzunehmen, ihm sei sein Wahlprogramm wichtiger als seine eigene Person oder irgendein Mandat. Gerade weil er eisern an seiner Kandidatur festhielt, konnte er genügend politischen Druck auf die Demokraten aufbauen und diese letztlich nach links rücken. Im Wahlprogramm der Partei steht nun sowohl die Forderung, den landesweit gültigen Mindestlohn auf 15 US-Dollar zu verdoppeln, als auch der weitere Ausbau der allgemeinen Krankenversicherung und der Zugang zu einem kostenlosen Studium an den staatlichen Hochschulen. In einem Land, wo die Republikaner Obamas letztlich richtige, aber zaghafte Gesundheitsreform bereits als Weg in einen autoritären Sozialismus nach dem Vorbild des vergangenen Jahrhunderts geißelten, sind solche Forderungen als Sieg für die US-Linke zu werten.
Quelle: Neues Deutschland

Anmerkung Christian Reimann: *Bitte lesen Sie dazu auch bzw. erneut: Was hätte Sanders anders machen können, als sich für Clinton auszusprechen?.*

dazu: Die Präsidentenmacher
Mehr als eine Milliarde Euro werden sowohl Hillary Clinton als auch Donald Trump in ihren Wahlkampf investieren. Das Geld müssen sie nicht allein aufbringen – im Hintergrund ziehen mächtige Finanziers die Strippen. In seinem letzten Wahlkampf 2012 warnte Präsident Obama noch vor den "Jungs, die einen 10-Millionen-Dollar-Scheck ausstellen" und ihren "Superpacs". Die "Political Action Committees" – übersetzt am besten mit politische Lobbygruppen – haben im Wahlkampf weitestgehend die Funktionen von Parteien übernommen, wie wir sie in Europa kennen. Sie sammeln Geld, organisieren Kampagnen, bilden Wahlkämpfer aus und schalten Werbespots. Sie sind eine amerikanische Spezialität, so der USA-Experte Josef Braml von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.

> "Im amerikanischen System haben Parteien nicht die Rolle wie bei uns in einem parlamentarischen Regierungssystem, Parteien sind in den USA größere Wahlvereine und selbst diese Minimalfunktion haben sie mittlerweile an Pacs, Superpacs, Interessengruppen und Vermögende abgegeben, nicht zuletzt dank des Urteils des Supreme Courts, das eben

> Meinungsfreiheit mit Geld ausgeben gleich setzt."

Die Entscheidung des Supreme Court – des Obersten Gerichts in den USA – war bahnbrechend: War es Unternehmen und Gewerkschaften bislang verboten, Wahlkampfkomitees mit Geld zu unterstützen, erlaubte das Urteil 2010 nun eine direkte Finanzierung. Bruce Stokes, vom renommierten Meinungsforschungsinstitut PEW Research Center in Washington:

> "Unser Oberstes Gericht hat entschieden, dass das Recht, Geld auszugeben, um einen Kandidaten zu unterstützen, verfassungskonform ist. In unserer Verfassung fällt das unter 'Redefreiheit'. Bis die Verfassung geändert wird oder das Oberste Gericht eine andere Mehrheit bekommt, ist das Gesetz. Es wird also unbegrenzt Geld in die Kampagnen fließen."

Quelle: Deutschlandradio Kultur

17. **Kontext-TV-Relaunch: Noam Chomsky, Yanis Varoufakis, Vandana Shiva, Harald Schumann u.v.a. jetzt im neuen Webportal**
Das Kontext-TV-Team hat in den vergangenen Monaten intensiv am Relaunch unseres Webportals gearbeitet. Nun ist es endlich soweit: Unsere mehr als 60 Sendungen sind jetzt in neuer, übersichtlicher Form und in HD-Qualität auf Deutsch und Englisch zu finden. Nutzen Sie die neuen Suchfunktionen und Verlinkungen, um unseren reichen Fundus von Sendungen zu erschließen.
Seit 2009 bringt Kontext TV Hintergrundberichte zu den drängenden Themen der Gegenwart und Zukunft, vom Klimawandel bis zur Eurokrise, von den Konflikten im Nahen Osten bis zur Zukunft unserer Wasserversorgung. Dabei geht es stets sowohl um kritische Analysen als auch um politische Alternativen. Unsere Gäste sind Journalisten, Aktivisten und Wissenschaftler wie Noam Chomsky, Vandana Shiva, Harald Schumann, Yanis Varoufakis und viele andere.
Besonders möchten wir Ihre Aufmerksamkeit auf unsere nach wie vor aktuellen Sendungen zu folgenden Themen lenken: […]
Das gesamte Webportal steht nun in Deutsch und Englisch zur Verfügung. Neue Themenübersichten erleichtern das Auffinden. Über den Button SD/HD können die Videos entweder in einer Auflösung von 480p oder 720p wiedergegeben werden.
Quelle: Kontext.TV